

**Entscheidungsniederschrift zur 25. Sitzung des IT-Planungsrats
am 16. April 2018**

Beschlüsse des IT-Planungsrats

vom

16. April 2018

TOP 2	Föderale IT-Kooperation (FITKO)
Beschluss 2018 / 4	
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Aufbaustabs und der Bund-Länder-Arbeitsgruppe FITKO „Projektphase 5 - Fortschreibung Soll-Konzeption und Umsetzungsvorbereitung“ zur Kenntnis und stimmt dem Bericht, dem als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung des Staatsvertrags und dem Entwurf des Errichtungsbeschlusses grundsätzlich zu. Zu klären sind insbesondere noch die offenen Punkte „Finanzierung“ (§ 3 Abs. 2 Errichtungsbeschluss) sowie „Mehrheitsentscheidungen“ (§ 6 Abs. 2 Errichtungsbeschluss). 2. Er spricht sich dafür aus, den „Vertrag zur Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Art. 91c GG“ (IT-Staatsvertrag) entsprechend zu ändern. 3. Er bittet den Vorsitz des IT-Planungsrats in Abstimmung mit dem Vorsitzland der Ministerpräsidentenkonferenz, die Änderung des IT-Staatsvertrags sowie die erneute Beteiligung der Finanzministerkonferenz in die Wege zu leiten und zu begleiten. 4. Der IT-Planungsrat beauftragt den Aufbaustab/die AG FITKO, bis zur 27. Sitzung das abschließende Konzept zur detaillierten Bündelungsplanung für die Überführung der bestehenden Strukturen des IT-Planungsrats in die AöR FITKO vorzulegen. 5. Der IT-Planungsrat beauftragt ferner den Aufbaustab/die AG FITKO, nach Abschluss der politischen Diskussionen um das Digitalisierungsbudget einen überarbeiteten Errichtungsbeschluss sowie eine Satzung für die AöR FITKO vorzulegen.	

TOP 3	Digitalisierungsbudget: Aktivitäten- u. Budgetrahmenplanung
Beschluss 2018 / 5	
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Aufbaustabs und der Bund-Länder-Arbeitsgruppe FITKO zur Kenntnis. 2. Er bittet den Vorsitz des IT-Planungsrats, auf dieser Grundlage die weitere Befassung der Finanzministerkonferenz in Sachen Digitalisierungsbudget einzuleiten.	

TOP 7.1	Digitalisierungsprogramm - AG 1 „Einwohnerwesen“
Beschluss 2018 / 6	
1. Der IT-Planungsrat bittet Hamburg, als Federführer die Aktivitäten der Arbeitsgruppe und mit den Melderechtsreferentinnen / -referenten zur nutzerzentrierten Digitalisierung des Service „Innerhalb der Gemeinde ummelden“ weiter zu begleiten, zu unterstützen und abgestimmt in das Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrates einzubringen. 2. Der IT-Planungsrat bittet den BMI, das in seiner Stellungnahme aufgezeigte Digitalisierungspotential und weitere offene Punkte weiter auszuarbeiten und ihm bis zur 26. Sitzung des IT-Planungsrates zu berichten.	

TOP 8	Akzeptanz des verbindlichen Meldeverfahrens zum Informationsaustausch über Cyberangriffe
Beschluss 2018 / 7	
1. Der IT-Planungsrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und bittet seine Mitglieder, verstärkt auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Verwaltungs-CERT-Verbund hinzuwirken und die Einhaltung des Meldestandards sicherzustellen. 2. Er bittet die AG Informationssicherheit zeitnah die Konsequenzen aus dem aktuellen Sicherheitsvorfall aufzuarbeiten und zur ersten Sitzung eines Jahres des IT-PLR über das Meldeverhalten des abgelaufenen Jahres zu berichten und etwaige Handlungsbedarfe aufzuzeigen.	

TOP 10	Jahresbericht 2017 des Arbeitsgremiums Verbindungsnetz
Beschluss 2018 / 8	
Der IT-Planungsrat nimmt den Jahresbericht 2017 des Arbeitsgremiums Verbindungsnetz zur Kenntnis.	

TOP 11	Festlegung von Mindestsicherheitsanforderungen für IT-Systeme und Verfahren - Erweiterung V-Modell XT um IT-Sicherheitsaspekte
Beschluss 2018 / 9	
Der IT-Planungsrat nimmt die vorgelegte Ergänzung des V-Modell XT um IT-Sicherheitsaspekte inklusive der erarbeiteten Handreichungen und Anwendungshilfen zustimmend zur Kenntnis und dankt der Arbeitsgruppe Informationssicherheit sowie den Projektbeteiligten für die geleistete Arbeit.	

TOP 14	Standardisierungsagenda: Einheitliche Anforderungen an Transportverfahren (XTA 2)
Beschluss 2018 / 10	
1. Der IT-Planungsrat nimmt die Auswertung der Fachministerkonferenz-Abfrage zur Kenntnis und bedankt sich bei den Fachministerkonferenzen für die Rückmeldungen. 2. Der IT-Planungsrat bittet die KoSIT, gemeinsam mit Vertretern der Konferenz der Datenschutzbeauftragten, den Zusammenhang von XTA 2 zur Datenschutz-Grundverordnung herauszuarbeiten und nach Möglichkeit zur Erprobung des Standarddatenschutzmodells beizutragen (vgl. Beschluss IT-PLR 2017/08). 3. Der IT-Planungsrat bittet Bremen, ihm erneut zu berichten, sobald wesentliche Änderungen in der Akzeptanz eines verbindlichen Einsatzes von XTA2 erkennbar sind, spätestens aber zur 30. Sitzung.	

TOP 15	Standardisierungsbedarf zur Metadatenstruktur für offene Verwaltungsdaten
Beschluss 2018 / 11	
1. Der IT-Planungsrat begrüßt die Fertigstellung des Standards DCAT-AP.de durch das Steuerungsprojekt „Einführung eines neuen Metadatenstandards für deutsche Open Data Portale. 2. Der IT-Planungsrat plant in seiner 26. Sitzung die folgenden Beschlüsse zu fassen: a. Der IT-Planungsrat beschließt für den Bedarf „Metadatenstruktur für offene Verwaltungsdaten“ der Standardisierungsagenda die verbindliche Nutzung des Interoperabilitätsstandards DCAT-AP in der Ausprägung DCAT-AP.de wie in der Spezifikation des Standards beschrieben. b. Der IT-Planungsrat beauftragt die Geschäfts- und Koordinierungsstelle GovData mit dem Betrieb des Standards DCAT-AP. Für den Betrieb werden jährliche Kosten von bis zu 70.000 Euro erwartet, die in der Haushaltsplanung des IT-Planungsrats für 2019 und Folgejahre einzuplanen sind. c. Der Standard DCAT-AP.de ist beim Bundesarchiv, Potsdamer Straße 1, 56075 Koblenz, für jedermann zugänglich und archivmäßig gesichert niedergelegt. Der Standard sowie Änderungen des Standards werden vom IT-Planungsrat im Bundesanzeiger mit Herausgabedatum und Datum des Inkrafttretens verkündet. d. Die Frist zur Umsetzung dieses Beschlusses gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 des IT-Staatsvertrags wird für alle dem GovData-Portal zuliefernden Datenbereitsteller auf den 31. Dezember 2018 festgesetzt, für alle weiteren IT-Systeme mit dem Zeitpunkt der Änderung des jeweiligen Datenmodells des Metadatenkatalogs.	

TOP 16	Umsetzung der Richtlinie 2014/55/EU (elektronische Rechnungsstellung - eRechnung)
Beschluss 2018 / 12	
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht des Steuerungsprojektes zur Kenntnis. 2. Er hält es für erforderlich, dass elektronische Rechnungen an alle öffentlichen Auftraggeber über einen bundesweit einheitlichen sicheren Webservice übermittelt werden können. Er stellt fest, dass hierfür mit PEPPOL ein geeigneter Marktstandard im Sinne des § 3 IT-Staatsvertrag zur Verfügung steht, der von Seiten der europäischen Kommission für die Digitalisierung des Beschaffungswesens empfohlen wird, und der beim Bund und der Freien Hansestadt Bremen bereits pilotiert wird. 3. Er beabsichtigt deshalb, in seiner 27. Sitzung zu beschließen, dass zukünftig alle öffentlichen Auftraggeber eine Entgegennahme elektronischer Rechnungen mittels PEPPOL ermöglichen müssen. Er bittet das Steuerungsprojekt um die Erarbeitung eines Beschlussvorschlages zur 27. Sitzung unter besonderer Betrachtung der Frage der Beteiligung auf kommunaler Ebene (Konnexität). 4. Er beauftragt die KoSIT, als National Authority Mitglied bei Open-PEPPOL zu werden, um die Vertretung der Interessen der deutschen Verwaltung sicherzustellen.	

TOP 17	Umsetzung des E-Government-Gesetzes des Bundes und Transfer in die Länder
Beschluss 2018 / 13	
Der IT-Planungsrat nimmt den Abschlussbericht zur Kenntnis und stimmt der Veröffentlichung zu.	

TOP 18	Begleitung Normenscreening
Beschluss 2018 / 14	
Der IT-Planungsrat nimmt den Abschlussbericht zur Kenntnis und stimmt der Veröffentlichung zu.	

TOP 19	Digitalisierung des Asylverfahrens
Beschluss 2018 / 15	
Der IT-Planungsrat bittet das Koordinierungsprojekt, den Übergang in die Linienstrukturen vorzubereiten und in den kommenden Sitzungen hierzu zu berichten.	

TOP 20	Breiteneinführung des P23R im Umweltbereich
Beschluss 2018 / 16	
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht von Rheinland-Pfalz zur Kenntnis. 2. Der IT-Planungsrat stimmt der Beendigung der Co-Federführung des Projekts „Breiteneinführung von P23R“ zu und dankt Rheinland-Pfalz für die bisherige Arbeit.	

TOP 21	Förderung des Open Government - Teil II: E-Partizipation
Beschluss 2018 / 17	
1. Der IT Planungsrat nimmt die Handreichung „IT Planungsrat - Referenzarchitektur für e-Partizipationssoftware v 1.0“ zur Kenntnis, stimmt der Veröffentlichung zu und dankt dem Steuerungsprojekt für die geleistete Arbeit. 2. Der IT Planungsrat nimmt den „IT-Planungsrat - Abschlussbericht Online-Konsultation v1.0“ zur Kenntnis und stimmt der Veröffentlichung zu.	

TOP 22	Open Government Partnership
Beschluss 2018 / 18	
1. Der IT-Planungsrat befürwortet den Vorschlag des Bundes zur Einbindung der Länder und Kommunen in den nationalen OGP-Prozess und begrüßt, dass der Querschnittscharakter des Themas „Open Government“ darin angemessen Berücksichtigung findet. 2. Entsprechend der darin referenzierten Prinzipien und dargelegten Rahmenbedingungen werden die Länder eingeladen, zum nächsten nationalen Aktionsplan beizutragen. 3. Der IT-Planungsrat bittet den Bund zu prüfen, inwieweit für notwendige Kommunikations- und Konsultationsaufgaben auf gemeinsame nutzbare oder existierende IT-Lösungen zurückgegriffen werden kann. 4. Die Länder werden darum gebeten, Landkreisen, Städten, Gemeinden, Regionen und anderen Gebietskörperschaften eine Beteiligung am nationalen OGP-Prozess zu ermöglichen.	

TOP 24	Mittelverwendungsbericht 2017
Beschluss 2018 / 19	
Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht zum Abfluss der Mittel des IT-Planungsrats im Jahr 2017 (Mittelverwendungsbericht) zur Kenntnis.	

TOP 25	Vorschlag zur Verwendung der Restmittel aus 2017
Beschluss 2018 / 20	
Der IT-Planungsrat beschließt die vorgelegte Planung zur Verwendung der Restmittel aus dem Jahr 2017.	

TOP 26	Stand der Planungen von CEBIT und Zukunftskongress 2018
Beschluss 2018 / 21	
1. Der IT-Planungsrat nimmt den Bericht zur Kenntnis. 2. Er fordert seine Mitglieder auf, die Realisierung des CEBIT-Auftritts durch zeitnahe Benennung von Themen und Bereitstellung von Personalressourcen zu unterstützen.	

Im Auftrag

Geschäftsstelle IT-Planungsrat